



Gemeinde **Affoltern am Albis**

*s' Herz vo
öisere Region*

GEMEINDEVERSAMMLUNG

Politische Gemeinde

Montag, 14. September 2015, 19.30 Uhr
Kasinosaal, Marktplatz 1, Affoltern am Albis

GESCHÄFTE

Politische Gemeinde

1. Teilrevision der Bau- und Zonenordnung
2. Wasserversorgungsreglement
3. Bekanntmachungen

Die detaillierten Unterlagen und das Stimmregister liegen bis 14. September 2015 während der ordentlichen Bürozeit in der Gemeinderatskanzlei, Marktplatz 1, Affoltern am Albis, auf.

Geschäft 1: Teilrevision der Bau- und Zonenordnung

A. Antrag

Der Gemeinderat beantragt der Gemeindeversammlung, gestützt auf Art. 12 Ziff. 2 der Gemeindeordnung vom 22. September 2013, folgendes zur Beschlussfassung:

1. Der Vorlage für die Teilrevision der Bau- und Zonenordnung, Teil I, bestehend aus:
 - a) Bau- und Zonenordnung, Stand 4. Mai 2015
 - b) Zonenplan, Stand 4. Mai 2015
 - c) Planungsbericht gemäss Art. 47 RPV, Stand 4. Mai 2015
 - d) Bericht zu den nicht berücksichtigten Einwendungen, Stand 4. Mai 2015
 - e) Kernzonenpläne Affoltern am Albis und Zwillikon, Stand 11. August 2014wird zugestimmt.
2. Der Gemeinderat wird ermächtigt, allfällige aus dem Genehmigungs- oder Rekursverfahren zwingend notwendige Änderungen an der Bau- und Zonenordnung sowie am Zonenplan in eigener Kompetenz vorzunehmen. Solche Beschlüsse sind öffentlich bekannt zu machen.

B. Weisung

Ausgangslage

Die Bau- und Zonenordnung der Gemeinde Affoltern am Albis wurde 2004/2005, 2009/2010 (Teilrevision) sowie 2011/2012 (Teilrevision) letztmals revidiert.

Für den kommunalen Verkehrsrichtplan aus dem Jahre 1999 wurde 2010/2011 ein Revisionsentwurf ausgearbeitet. Die Revisionsvorlage wurde am 30. Januar 2012 der Gemeindeversammlung zur Abstimmung vorgelegt und mit Änderungen angenommen.

Im Sommer 2011 hat der Gemeinderat einen Masterplan mit Zielvorstellungen und Massnahmen erarbeitet. Der Masterplan diente dem Gemeinderat als Führungsinstrument für die anstehende Entwicklung. Er wurde der Bevölkerung im Rahmen einer Informationsveranstaltung im Herbst 2011 präsentiert. Mit der Teilrevision 2011/2012 wurde ein erster Teil des Masterplans in der Ortsplanung umgesetzt. Als Vorbereitung zur vorliegenden Teilrevision der Bau- und Zonenordnung wurde der Masterplan 2011 durch den Gemeinderat überprüft und erneuert.

Um weitere im Masterplan enthaltene Massnahmen umzusetzen, hat der Gemeinderat die Planungs- und Baukommission mit einer Teilrevision der Bau- und Zonenordnung beauftragt. Die in der Folge ausgearbeitete Vorlage wurde aufgrund von zum Zeitpunkt der Ausarbeitung der Unterlagen noch offenen Fragen zum Alterspflegeheim in zwei Teile geteilt. Teil I enthält alle Änderungen ohne das Gebiet Seewadel und Teil II die Änderungen, welche das Gebiet Seewadel betreffen. Die Hauptpunkte, welche im Teil I behandelt werden, sind die Zentrumserweiterung Richtung Süden, die Beschränkung von Verkaufsflächen, Auf- und Umzonung im Gebiet der ehemaligen Zeughäuser, Aufzonung in den Gebieten Gartenhof und Sonnenbergstrasse sowie weitere Anpassungen mit dem Ziel das verdichtete Bauen zu fördern. Der Teil II wird zurückgestellt, bis die offenen Fragen betreffend Alterspflegeheim geklärt sind.

Erarbeitung

An der Erarbeitung der Teilrevision der Bau- und Zonenordnung wirkten Mitglieder aus der Planungs- und Baukommission mit. Der Gemeinderat verabschiedete den Entwurf zur Teilrevision Bau- und Zonenordnung zur öffentlichen Auflage und Mitwirkung sowie zur Vorprüfung bei den kantonalen Behörden. Der Entwurf wurde ausserdem anlässlich der Informationsveranstaltung vom 24. November 2014 präsentiert.

Bericht zu den nicht berücksichtigten Einwendungen

Der Entwurf der Teilrevision der Bau- und Zonenordnung wurde vom 14. November 2014 bis 15. Januar 2015 öffentlich aufgelegt und dem Kanton Zürich zur Vorprüfung zugestellt. Innerhalb der Auflagefrist gingen insgesamt 13 Einwendungen sowie 3 Stellungnahmen ein. Die Baudirektion des Kantons Zürich hat mit Schreiben vom 10. Februar 2015 den Vorprüfungsbericht vorgelegt.

Die Gemeinde hat sämtliche Einwendungen geprüft. Über die entsprechende Behandlung der Einwendungen gibt das Kapitel 3 Auskunft.

Über die Behandlung der Hinweise, Empfehlungen und Vorbehalte aus dem Vorprüfungsbericht gibt das Kapitel 4 Auskunft.

Der Bericht zu den nicht berücksichtigten Einwendungen ist im Anhang 3 vollständig abgedruckt.

Empfehlung

Die Revisionsvorlage entspricht den übergeordneten Sach- und Richtplanungen von Bund, Kanton und Region. Mit der hohen baulichen Dichte im Ortskern, in welchem eine hervorragende Anbindung an den öffentlichen Verkehr vorhanden ist, wird der Abstimmung zwischen Siedlung und Verkehr Rechnung getragen. Dank einem guten Mix zwischen Wohn- und Arbeitsnutzung kann das Verkehrssystem gleichmässiger ausgelastet werden, da jede Nutzung andere Belastungsspitzen aufweist. Die Verkehrsflüsse werden weniger stark durch Spitzenbelastungen eingeschränkt.

Der Gemeinderat beantragt der Gemeindeversammlung dem Antrag zu zustimmen.

Affoltern am Albis, 16. Juni 2015

GEMEINDERAT AFFOLTERN AM ALBIS

Präsident	Schreiber
Clemens Grötsch	Stefan Trottmann

Anhang 1: Planungsbericht

Anhang 2: Zonenplan

Anhang 3: Einwendungsbericht

Anhang 4: Synoptische Darstellung Bau- und Zonenordnung

Hinweis

Die Unterlagen zur Teilrevision der Bau- und Zonenordnung sind auf der Website der Gemeinde Affoltern am Albis www.affoltern-am-albis.ch aufgeschaltet.

Die Unterlagen können zudem während der Aktenauflage zu den ordentlichen Öffnungszeiten auf der Gemeindeverwaltung Affoltern am Albis, Hochbauabteilung, Obere Bahnhofstrasse 7, 1. Stock, eingesehen werden.

Geschäft 2: Wasserversorgungsreglement

A. Antrag

Der Gemeinderat beantragt der Gemeindeversammlung, gestützt auf Art. 11 Ziff. 1 der Gemeindeordnung vom 22. September 2013, zur Beschlussfassung:

Genehmigung Wasserversorgungsreglement

B. Weisung

1. Ausgangslage

Gestützt auf die Kantonsverfassung vom 1. Januar 2006 und das per 1. Januar 1993 in Kraft gesetzte kantonale Wasserwirtschaftsgesetz (WWG) ist es Aufgabe der Gemeinden, innerhalb ihres Gemeindegebiets, die Wasserversorgung sicherzustellen. Die Gemeinden können einen Teil ihrer Aufgaben an private Wasserversorgungsunternehmen übertragen, haben aber im Sinne von § 27 Abs. 3 und § 28 Abs. 1 WWG weiterhin eine Aufsichtsfunktion wahrzunehmen. Ein privates Versorgungsunternehmen, an das kommunale Aufgaben delegiert werden können, ist stets als juristische Person zu konstituieren. Im Vordergrund stehen dabei die Aktiengesellschaft und die Genossenschaft.

Das Verhältnis zwischen Gemeinde und privatem Versorgungsunternehmen ist durch Konzession mittels Konzessionsvertrag zu regeln. Die Voraussetzungen und die wichtigsten inhaltlichen Elemente der Konzession sind zunächst in einem kommunalen "Reglement über die Wasserversorgung" festzuschreiben.

Ein "Wasserversorgungsreglement", wie es das WWG vorschreibt, wurde in der Gemeinde Affoltern am Albis bis heute nicht erarbeitet. Gemäss Art. 33 Abs. 1 Gemeindeordnung (GO) überträgt die Gemeinde die Sicherstellung der Wasserversorgung im ganzen Gemeindegebiet der Wasserversorgungs-Genossenschaft Affoltern am Albis (WVA). Damit diese Aufgabenübertragungen auch im Sinne den Vorschriften des WWG entsprechen und die WVA mit den hoheitlichen Rechten ausgestattet werden kann, ist es unumgänglich, dies in einem Wasserversorgungsreglement zu regeln.

Gemäss Art. 11 Ziff. 1 GO ist die Gemeindeversammlung für die Genehmigung des Wasserversorgungsreglements zuständig.

2. Wasserversorgungsreglement

Das vorliegende Wasserversorgungsreglement wurde durch die zuständige Tiefbauabteilung aufgrund der gesetzlichen Vorschriften ausgearbeitet.

Der Gemeinderat hat geprüft, ob die Anschlussgebühren aufgrund des Gebäudeversicherungswerts oder einer anderen Berechnungsmethode z. B. nach Belastungswerten und Gebäudevolumen festgelegt werden sollen. Er hat sich dafür entschieden, dass die Anschlussgebühren wie bisher aufgrund des Gebäudeversicherungswerts bestimmt werden sollen (Art. 21).

Ausschlaggebend für diesen Entscheid war die Abwägung der Vor- und Nachteile der einzelnen Berechnungsmöglichkeiten. Bei der heutigen Berechnungsmethode ist das Prozessrisiko erheblich kleiner, weil der Gebäudeversicherungswert von der Gebäudeversicherung des Kan-

tons Zürich (GVZ) festgelegt wird und die Ermessensentscheide der Wasserversorgungsgenossenschaft und damit das Prozessrisiko minimiert werden.

Bau und Betrieb des privaten Versorgungsunternehmens sollen kostendeckend sein (Art. 23). Ein Gewinn darf nicht abgeführt werden. Somit ist die Zahlung von Dividenden oder die Gratisabgabe von Wasser (z. B. aufgrund von Hahnenrechten) unzulässig. Dies ergibt sich daraus, weil der Betrieb einer Wasserversorgung gemäss Kantonsverfassung eine öffentliche Aufgabe ist. Ansonsten könnte die Gewinnmaximierung im Zentrum stehen und das Wasser unzulässig verteuern.

Der Vorstand der WVA hat im Rahmen der Vernehmlassung das Reglement geprüft und diesem zugestimmt.

3. Abschied des Gemeinderates

Mit der Genehmigung des vorliegenden Wasserversorgungsreglements wird die gesetzliche Grundlage geschaffen, dass die Gemeinde der WVA die für ihre Aufgabenerfüllung erforderlichen Befugnisse übertragen kann. Das vorliegende Wasserversorgungsreglement wurde von beiden Parteien gutgeheissen.

Der Gemeinderat beantragt der Gemeindeversammlung, das vorliegende Wasserversorgungsreglement zu genehmigen.

Affoltern am Albis, 29. Juni 2015

GEMEINDERAT AFFOLTERN AM ALBIS

1. Vize-Präsident	Schreiber
Martin Gallusser	Stefan Trottmann

Abschied der Rechnungsprüfungskommission

Die RPK hat an ihrer Sitzung vom 17. August 2015 den Antrag und die Weisung des Gemeinderates an die Gemeindeversammlung vom 14. September 2015 zu Erlass bzw. Genehmigung eines Wasserversorgungsreglements geprüft.

Die RPK beantragt den Stimmberechtigten von Affoltern a.A. das vom Gemeinderat erarbeitete und der Gemeindeversammlung vorgelegte Wasserversorgungsreglement zu genehmigen..

Affoltern a.A., 17. August 2015

Rechnungsprüfungskommission Affoltern am Albis	
Präsident:	Mitglied:
Orlando Rabaglio	Felix Blaser

Das Reglement im Wortlaut:

Gemeinde Affoltern am Albis

Wasserversorgungsreglement

Entsprechend dem Grundsatz der Gleichberechtigung von Mann und Frau gelten alle Personen- und Funktionsbezeichnungen dieses Reglements, ungeachtet der männlichen oder weiblichen Sprachform, für beide Geschlechter.

Die Gemeindeversammlung erlässt gestützt auf die Gemeindeordnung und die kantonale Gesetzgebung das folgende Reglement:

I. Zweck, Grundsätze

Art. 1 Zweck

¹ Das Wasserversorgungsreglement regelt die Wasserversorgung im Gebiet der Politischen Gemeinde Affoltern am Albis (nachfolgend als Gemeinde bezeichnet).

² Es regelt insbesondere die Aufgaben und Kompetenzen der Gemeinde und des privaten Versorgungsunternehmens, bestimmt die Richtlinien für die Bemessung der Beiträge und Gebühren und regelt den Rechtsschutz.

Art. 2 Einbezug privates Wasserversorgungsunternehmen

¹ Die Gemeinde kann wesentliche Aufgaben der Wasserversorgung durch Konzession auf ein privates Wasserversorgungsunternehmen übertragen.

² Das konzessionierte Versorgungsunternehmen übernimmt die Verantwortung für das gesamte Gebiet der Gemeinde.

Art. 3 Gemeindeaufgaben

¹ Die Gemeinde beaufsichtigt das private Versorgungsunternehmen und die Kleinstwasserversorgungen im Sinne der kantonalen Gesetzgebung.

² Sie verabschiedet das bereinigte generelle Wasserversorgungsprojekt zuhanden der kantonalen Genehmigungsbehörde.

³ Der Gemeinde obliegt die Hauptverantwortung für die Trinkwasserversorgung in Notlagen.

⁴ Die Gemeinde koordiniert die Bauvorhaben, die auf öffentlichem Grund geplant sind.

II. Konzession, Enteignung

Art. 4 Gegenstand

¹ Durch Konzession überträgt die Gemeinde dem privaten Versorgungsunternehmen das Recht und die Pflicht, während der Konzessionsdauer die Wasserversorgung im gesamten Gebiet der Gemeinde sicherzustellen.

² Mit der Konzessionserteilung gemäss Art. 1 erteilt die Gemeinde dem privaten Versorgungsunternehmen das Recht und die Pflicht, im Rahmen seiner Aufgabe hoheitlich zu handeln und die erforderlichen Verfügungen gegenüber den Bezüglern zu erlassen, namentlich betreffend Anschlusspflicht, Anschluss- und Benützungsg-

gebühren. Vorbehalten bleibt die Öffentlichkeitserklärung des privaten Versorgungsunternehmens durch den Regierungsrat.

³ Die Konzessionserteilung erfolgt unentgeltlich.

Art. 5 Leistungsauftrag

¹ Das konzessionierte Versorgungsunternehmen ist verpflichtet, alle für die Wasserversorgung massgebenden Normen des eidgenössischen, kantonalen und kommunalen Rechts einzuhalten, insbesondere auch die Vorschriften des vorliegenden Reglements. Es hat den Stand der Technik zu beachten.

² Das Versorgungsunternehmen ist insbesondere verpflichtet:

- a) im Konzessionsgebiet Trinkwasser in einwandfreier Qualität, unter genügendem Druck und in ausreichender Menge zu Trink- und Löschzwecken zu liefern;
- b) bei Planung, Bau und Betrieb der Versorgungsanlagen auch die Bedürfnisse des Brandschutzes und der Trinkwasserversorgung in Notlagen zu berücksichtigen;
- c) nach den Richtlinien des Kantons und den Vorhaben der Gemeinde einen Entwurf für das generelle Wasserversorgungsprojekt bzw. für dessen Revision zu erarbeiten und der Gemeinde vorzulegen;
- d) die Versorgungsanlagen gemäss generellem Wasserversorgungsprojekt und Erschliessungsplanung auszubauen und entsprechend dem Stand der Technik in gutem Zustand zu erhalten;
- e) eine Betriebshaftpflichtversicherung mit ausreichender Deckungssumme abzuschliessen;
- f) ein Reglement über die Abgabe von Wasser sowie die zu erhebenden Anschluss- und Benützungsgebühren zu erlassen;
- g) die erforderlichen Verfügungen gegenüber den Bezüglern zu erlassen, sofern ihm die entsprechende Befugnis durch kantonale Öffentlichkeitsklärung oder durch spezielle kommunale Konzessionsbestimmung eingeräumt worden ist.

Art. 6 Konzessionsvertrag

¹ Gemeinde und privates Versorgungsunternehmen legen den Inhalt der Konzession im Rahmen des massgebenden Rechts und nach den Richtlinien dieses Reglements einvernehmlich fest.

² Die formelle Erteilung der Konzession erfolgt durch Beschluss des Gemeinderats.

Art. 7 Konzessionierung vorbestehender Versorgungsunternehmen

¹ Ein Konzessionsvertrag gemäss Art. 6 ist auch mit vorbestehenden privaten Versorgungsunternehmen abzuschliessen, die noch nie konzessioniert waren oder deren Konzession innerhalb der nächsten 18 Monate ablaufen wird oder bereits abgelaufen ist.

² Der Konzessionsvertrag ist innert der folgenden Fristen abzuschliessen.

- a) bei Unternehmen, die noch nie konzessioniert waren: innert 2 Jahren seit Inkrafttreten des vorliegenden Reglements;

- b) bei Unternehmen, deren Konzession innert der nächsten 18 Monate ablaufen wird: bis spätestens 6 Monate vor Konzessionsablauf;
- c) bei Unternehmen, deren Konzession bereits abgelaufen ist: innert 3 Monaten seit Aufnahme der Konzessionsverhandlungen.

³ Kommt ein Konzessionsvertrag innert der Frist gemäss Abs. 2 nicht zustande, kann der Gemeinderat die Konzession einseitig durch Verfügung erlassen.

Art. 8 Konzessionsdauer

Bei erstmaliger Konzessionierung ist die Konzessionsdauer auf 20 bis 30 Jahre festzulegen. In begründeten Fällen ist eine kürzere oder längere Konzessionsdauer möglich.

Art. 9 Beendigung der Konzession

¹ Die Konzession kann beendet werden durch:

- a) Ablauf der Konzessionsdauer;
- b) vorzeitige Beendigung im gegenseitigen Einvernehmen;
- c) vorzeitige Beendigung durch Verfügung (Verwirkung).

² Eine vorzeitige Beendigung im gegenseitigen Einvernehmen ist nur zulässig, wenn sichergestellt ist, dass die Wasserversorgung durch die Gemeinde selbst, eine selbständige Gemeindeanstalt oder ein konzessioniertes Versorgungsunternehmen übernommen wird, ohne dass eine zeitliche Verantwortlichkeitslücke entsteht.

³ Die vorzeitige Beendigung aus wichtigen Gründen durch Verfügung des Gemeinderates setzt voraus, dass das konzessionierte Versorgungsunternehmen seine Pflichten schwer verletzt oder die Leistungserbringung unmöglich geworden ist (schwere Verletzung der Liefer-, Ausbau- oder Unterhaltspflicht, Unwilligkeit oder Unfähigkeit, die erforderliche Wasserqualität zu erreichen, Konkurs usw.) und dass sich die Wahrung der öffentlichen Interessen nicht durch mildere Massnahmen sicherstellen lässt. Pflichtverletzung setzt eine vorgängige erfolglose Mahnung voraus.

⁴ Die vorzeitige Beendigung der Konzession hinsichtlich Verfügungsbefugnis (gemäss Art. 4 Abs. 2) kann im gegenseitigen Einvernehmen oder, unter den Voraussetzungen von Absatz 3, durch Beschluss des Gemeinderates erfolgen, ohne dass gleichzeitig auch die Konzession hinsichtlich Sicherstellung der Wasserversorgung (gemäss Art. 4 Abs. 1) zu beenden wäre.

Art. 10 Enteignung der Wasserversorgungsanlagen

¹ Besteht keine Konzession und ist eine erstmalige oder erneute Konzessionierung des Versorgungsunternehmens gemäss Art. 7 nicht zweckmässig, kann die Gemeinde beim Regierungsrat das Recht beantragen, die Wasserversorgungsanlagen zu enteignen.

² Vorbehalten bleiben die Bestimmungen des Enteignungsrechts über die sofortige Enteignung in dringenden Fällen.

III. Verschiedene Bestimmungen

Art. 11 In mehreren Gemeinden tätige Versorgungsunternehmen

Beliefert ein Versorgungsunternehmen auch Bezüger ausserhalb des Gemeindegebiets, so gelten die Bestimmungen des vorliegenden Reglements und der Konzession nur für die innerhalb des Gemeindegebiets ausgeübte Versorgungstätigkeit. Für diese Versorgungstätigkeit ist eine gesonderte Rechnung zu führen.

Art. 12 Generelles Wasserversorgungsprojekt

¹ Das generelle Wasserversorgungsprojekt legt für die Gegenwart und die Zukunft die notwendigen Versorgungsanlagen im Gemeindegebiet fest. Es umfasst mindestens die folgenden Bestandteile:

- a) den Übersichtsplan, auf dem unter anderem die bestehenden und die geplanten Anlagen eingezeichnet sind;
- b) das hydraulische Funktionsschema;
- c) den technischen Bericht (mit Grundlagen, Zielen, Hinweisen auf Schwachstellen, Erläuterungen, Berechnungen usw.);
- d) den Zeitplan für die Erneuerung und, soweit erforderlich, für die Erweiterung der Anlagen;
- e) eine Kostenschätzung mit Finanzplan.

² Auf Weisung des Gemeinderats hin oder aus eigener Initiative erarbeitet das Versorgungsunternehmen einen Entwurf für den erstmaligen Erlass bzw. die periodisch vorzunehmende Revision des generellen Wasserversorgungsprojekts.

³ Der Gemeinderat kann inhaltliche und formelle Vorgaben machen. Er überprüft den Entwurf, kann Änderungen anbringen und verabschiedet das bereinigte generelle Wasserversorgungsprojekt zuhanden der kantonalen Genehmigungsbehörde.

Art. 13 Sachlicher Umfang der Lieferpflicht

¹ Das Versorgungsunternehmen ist stets zur Wasserlieferung verpflichtet, soweit der Wasserbezug das Mass eines durchschnittlichen zonentypischen Bezugs nicht wesentlich überschreitet.

² Wasserlieferungen, die darüber hinausgehen, (z.B. solche für landwirtschaftliche Bewässerungen) setzen voraus, dass genügend Wasser zur Verfügung steht.

³ Trinkbrunnen auf öffentlichem Grund sind stets zu beliefern.

⁴ Bei vorübergehender oder länger andauernder Wasserknappheit kann der Gemeinderat, nach Anhörung des Versorgungsunternehmens, den Wasserverbrauch für bestimmte Zwecke gänzlich untersagen oder zeitlich oder mengenmässig begrenzen.

Art. 14 Örtlicher Umfang der Lieferpflicht

¹ Innerhalb des Gemeindegebiets besteht eine flächendeckende Pflicht zur Wasserlieferung ausser mit Bezug auf jene Teilgebiete, in denen das Versorgungsnetz im Einklang mit dem Erschliessungsplan und dem generellen Wasserversorgungsprojekt noch nicht erstellt ist.

² Ausserhalb der Bauzone besteht eine Pflicht zur Wasserlieferung nur insoweit, als dies nicht unverhältnismässig ist.

Art. 15 Trinkwasserversorgung in Notlagen

¹ Die Gemeinde trifft wirksame Vorkehrungen für die Trinkwasserversorgung in Notlagen. Sie ist namentlich gehalten:

- a) den dezentralen Wasserbezug aus Quellen oder Notbrunnen zu ermöglichen;
- b) das Anlegen haltbarer Wasservorräte in den Haushaltungen anzuordnen;
- c) den Einsatz von Personal sicherzustellen;
- d) den Einsatz von Material (Fahrzeugen, mobilen Schnellkupplungsrohren, Notstromgruppen, Aufbereitungseinheiten usw.) sicherzustellen;
- e) das Versorgungsunternehmen in das Konzept der Notversorgungsmaßnahmen einzubinden.

² Der Gemeinderat erlässt das Konzept über die Trinkwasserversorgung in Notlagen und regelt darin die Einzelheiten.

Art. 16 Hausanschlussleitungen

¹ Die Hausanschlussleitung verbindet die Versorgungsleitung mit der Hausinstallation. In Ausnahmefällen kann der Anschluss auch an eine Hauptleitung erfolgen.

² Das Versorgungsunternehmen bestimmt Anzahl, Verlauf und Art der Hausanschlussleitungen und ist verantwortlich für deren Erstellung, Unterhalt und Erneuerung.

³ Die Kosten für die Erstellung, den Unterhalt und die Erneuerung der Hausanschlussleitung im öffentlichen wie auch auf privatem Grund, gehen zu Lasten des Grundeigentümers.

Art. 17 Hausinstallationen

¹ Der Grundeigentümer ist verantwortlich für Erstellung, Unterhalt, Erneuerung und Betrieb der Hausinstallation und trägt die entsprechenden Kosten.

² Eine Hausinstallation darf erst in Betrieb genommen werden, wenn das Versorgungsunternehmen sie abgenommen hat. Mit der Abnahme übernimmt das Versorgungsunternehmen keine Gewähr für die Installationsarbeiten oder für installierte Apparate.

³ Den Organen und Beauftragten des Versorgungsunternehmens ist zur Kontrolle der Hausinstallationen der ungehinderte Zutritt zu ermöglichen. Bei vorschriftswidrig ausgeführten oder schlecht unterhaltenen Hausinstallationen hat der Grundeigentümer auf schriftliche Aufforderung des Versorgungsunternehmens hin die Mängel innert der festgelegten Frist beheben zu lassen.

⁴ Im Unterlassungsfall kann das Versorgungsunternehmen die Mängel auf Kosten des Grundeigentümers beheben lassen.

Art. 18 Wasserzähler

¹ Die Verrechnung des Wassers erfolgt nach dem Verbrauch, der durch Wasserzähler gemessen wird.

² Der Wasserzähler wird durch das Versorgungsunternehmen zur Verfügung gestellt und unterhalten. Der Standort des Wasserzählers wird durch das Versor-

gungsunternehmen bestimmt, unter Berücksichtigung der Bedürfnisse des Grundeigentümers.

³ Den Organen und Beauftragen des Versorgungsunternehmens ist zwecks Einbau, Unterhalt, Kontrolle und Ablesen des Wasserzählers der ungehinderte Zutritt zu ermöglichen.

Art. 19 Reglement und Tarifverordnung des Versorgungsunternehmens

¹ Das private Versorgungsunternehmen erlässt ein Reglement über die Abgabe von Wasser, das die Umsetzung der Konzession und das Verhältnis zu den Bezüglern regelt.

² Die Tarifverordnung bedarf zu ihrer Gültigkeit der Genehmigung durch den Gemeinderat. Sie ist zu publizieren und in die Sammlung der kommunalen Erlasse aufzunehmen.

IV. Abgaben, Tarife und Bezug

Art. 20 Abgabearten

Es werden folgende Abgaben erhoben:

- a) Anschlussgebühren
- b) Benützungsgbühren, die sich aus Grundgebühren und Mengengebühren (Wasserzins) zusammensetzen.

Art. 21 Anschlussgebühren

Die Anschlussgebühren bestimmen sich nach dem Gebäudeversicherungswert der Liegenschaft.

Art. 22 Benützungsgbühren

¹ Bei den Benützungsgbühren bemessen sich die Grundgebühren nach der Nenngrösse des Wasserzählers, der Anzahl Haushaltungen bzw. der Art der gewerblichen Nutzung. Die Mengengebühren bemessen sich nach dem bezogenen Wasservolumen (in Kubikmeter).

² Die Grundgebühr ist so festzulegen, dass ihr jährlicher Ertrag 20 bis 50 % des gesamten jährlichen Ertrages der Benützungsgbühren deckt.

Art. 23 Kostendeckung

¹ Bau und Betrieb des privaten Versorgungsunternehmens sollen kostendeckend sein.

² Ein Gewinn darf nicht abgeführt werden. Wenn die Reserven das in Gesetz und Statuten vorgesehene Mass überschreiten und nicht durch anstehende Investitionen begründet sind, sind die Gebührentarife entsprechend zu reduzieren.

Art. 24 Tarifverordnung

¹ Das konzessionierte Versorgungsunternehmen erlässt für das Konzessionsgebiet eine Verordnung über die Gebührentarife.

² Die Tarifverordnung enthält auch Regelungen für Spezialfälle (z.B. für Kanalspülungen, Strassenreinigung, Baustellenwasser usw.).

³ Für verschiedene Teilgebiete des Konzessionsgebiets können verschieden hohe Gebühren nur vorgesehen werden, soweit dies durch wesentliche Unterschiede der anfallenden Kosten begründet ist.

Art. 25 Bezug

¹ Auf der Basis der Tarifordnung stellt das konzessionierte Versorgungsunternehmen dem Grundeigentümer Rechnung für den anfallenden Beitrag oder die anfallende Gebühr.

² Wird die Rechnung für eine Gebühr auch nach einmaliger Mahnung nicht bezahlt, ist die Gebühr durch Verfügung festzusetzen.

³ Die Zahlung der Beiträge und Gebühren erfolgt an das konzessionierte Versorgungsunternehmen.

V. Verfügungen, Rechtsschutz, Aufsicht

Art. 26 Verfügungen

¹ Das Rechtsverhältnis zwischen dem konzessionierten Versorgungsunternehmen und dem Bezüger wird, soweit erforderlich, durch Verfügung geregelt.

² Wenn dem Versorgungsunternehmen durch kantonale Öffentlicherklärung oder spezielle kommunale Konzessionsbestimmung hoheitliche Befugnisse eingeräumt sind, erlässt es solche Verfügungen selber, soweit sie nicht ausdrücklich dem Gemeinderat vorbehalten sind. Im Übrigen erlässt der Gemeinderat die erforderlichen Verfügungen.

³ Verfügungen ergehen im Normalfall auf Antrag eines Bezügers oder, wenn die Verfügungskompetenz beim Gemeinderat liegt, auf Antrag des Versorgungsunternehmens. Sie setzen aber einen derartigen Antrag nicht voraus.

Art. 27 Rechtsschutz

Gegen Verfügungen des Gemeinderates oder des Versorgungsunternehmens kann Rekurs an den Bezirksrat erhoben werden.

Art. 28 Aufsicht

¹ Die Gemeinde beaufsichtigt das Versorgungsunternehmen wie auch die Kleinstwasserversorgungen (Einzelhofversorgungen usw.) im Sinne der kantonalen Gesetzgebung.

² Gegenstand der Aufsicht sind insbesondere alle planerischen, baulichen, betrieblichen und finanziellen Belange der Wasserversorgung.

³ Zu den Aufsichtsmitteln der Gemeinde gehören insbesondere die folgenden: Einholen von Informationen, Besichtigungen, Prüfung von Buchführung und Jahresrechnung, Erteilung von Mahnungen und Weisungen, Ersatzvornahme, Zwangsausübung.

⁴ Die Beaufsichtigte ist verpflichtet, die Gemeinde in ihrer Aufsichtstätigkeit zu unterstützen, insbesondere durch Gewähren von Informationen sowie von Zutritts- und Einsichtsrechten, und Weisungen der Gemeinde zu befolgen.

VI. Ausführungs- und Schlussbestimmungen

Art. 29 Verordnungsrecht

¹ Der Gemeinderat kann ausführende und konkretisierende Bestimmungen zu diesem Reglement erlassen.

² Vorbehalten bleibt die Befugnis des konzessionierten privaten Versorgungsunternehmens zum Erlass von Reglementen gemäss Art. 19 und 24.

Art. 30 Einführungsfrist

Das Reglement sowie die Tarifverordnung über die Abgabe von Wasser des Versorgungsunternehmens treten spätestens 12 Monate nach der Unterzeichnung der Konzession in Kraft.

Art. 31 Inkrafttreten

Dieses Reglement tritt auf den 1. Januar 2016 in Kraft.

Affoltern am Albis, 14. September 2015

Namens der Gemeindeversammlung

Präsident

Schreiber

Clemens Grötsch

Stefan Trottmann

TERMINE

Nächste Gemeindeversammlung

Montag, 7. Dezember 2015

Gemeindeversammlungen 2016

Montag, 14. März 2016 (bei Bedarf)

Montag, 20. Juni 2016

Montag, 12. September 2016 (bei Bedarf)

Montag, 5. Dezember 2016